

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION
Vorsitzende Beatrix Tappe-Rostalski

CDU-Fraktion im Kreistag Northeim
Schulstr. 2, 37574 Einbeck

Landkreis Northeim
z.H. Frau Landrätin Astrid Klinkert-Kittel
Medenheimer Str. 6-8

37154 Northeim

05. Juni 2025
Per Mail

Sehr geehrte Frau Landrätin,

die CDU-Kreistagsfraktion bittet um Aufnahme des folgenden Antrages auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreistages am 20. Juni 2025

ANTRAG gem. § 7 der Geschäftsordnung für den Kreistag, seine Ausschüsse und den Kreisausschuss

Hier: Selbstbestimmte Mobilität und Teilhabe für Schülerinnen und Schüler mit Unterstützungsbedarf

Der Kreistag möge beschließen:

Die Landrätin wird beauftragt, mit den Schulen in Trägerschaft des Landkreises in Kontakt zu treten, mit dem Ziel, dass diese im Rahmen von Projekten oder AGs Fahrschul-Unterricht für den Erwerb der Fahrerlaubnis der Klasse AM (Kleinkrafträder bis 50 ccm) anbieten und/oder den privaten Fahrschulunterricht, insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Unterstützungsbedarf, durch schulbegleitende Förderung zu begleiten.

Sofern die Schulen hierzu bereit sind, wird der Landkreis das weitere Vorgehen mit geeigneten Maßnahmen unterstützen. Dazu gehört auch die Suche nach Fördermöglichkeiten und Sponsoring, z.B. für die Anschaffung eines Übungsfahrzeuges.

Begründung:

Für Jugendliche ab 15 Jahren ist es möglich, die Fahrerlaubnis der Klasse AM (Kleinkrafträder bis 50 ccm) zu erwerben. Es gibt Fälle, in denen Jugendliche

besondere Unterstützung benötigen, um den notwendigen Unterrichtsstoff zu erlernen.

Im schulischen Kontext gibt es für diese Gruppe individuelle Nachteilsausgleiche, die die Fahrschulen aber üblicherweise nicht gewähren (können). Wenn dann auch aus dem häuslichen Umfeld keine Unterstützung beim Erlernen des Unterrichtsstoffs geleistet werden kann, ist es für Betroffene Jugendliche nahezu unmöglich eine Fahrerlaubnis zu erhalten. Damit ist diese Gruppe dauerhaft von selbstbestimmter Mobilität ausgeschlossen.

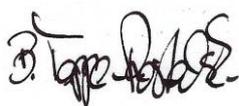
Um eine selbstbestimmte Mobilität und damit Teilhabe zu ermöglichen, insbesondere auch, um z.B. einen weiter entfernten Ausbildungsplatz besuchen zu können, ist es notwendig, dass hier die notwendige Unterstützung als öffentliche Aufgabe geleistet wird. Dafür bietet es sich an, dass die Schulen Möglichkeiten finden, um den Erwerb der Fahrerlaubnis zu unterstützen. Dies wurde auch in der Vergangenheit erfolgreich praktiziert.

Gerade in unserem ländlichen Raum ist es wichtig, dass junge Menschen mobil sind, um bspw. zur Schule oder auch zur Ausbildungsstelle zu kommen. Ohne diese Mobilität können sie nicht in vollem Umfang am gesellschaftlichen Leben teilhaben und sind in ihren Chancen benachteiligt.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den zuständigen Fachausschuss verwiesen

Mit freundlichen Grüßen



Vorsitzende
CDU-Kreistagsfraktion